



Wider das Vergessen

Die schmerzhafteste Suche nach Angehörigen in El Salvador

Zeljko Crncic

Die 70er und 80er Jahre waren in vielen Ländern Lateinamerikas von Militärdiktaturen und autoritären Regierungen geprägt, die unter dem Deckmantel der Aufstandsbekämpfung repressive Regime errichteten. Bis auf wenige Ausnahmen sahen sich in der Epoche die Staaten des Subkontinents gewaltförmigen Maßnahmen ausgesetzt, die all zu oft von denjenigen ausgingen, die die vermeintlich durch marxistisch inspirierte Aufstandsgruppen bedrohte Ordnung und Freiheit wieder herstellen wollten. Folter, Mord und das Verschwindenlassen gehörten bei der Aufstandsbekämpfung zum Standardrepertoire der Militärs und ihrer Helfer.

Viele Staaten der Region haben die jüngere Geschichte nur in Teilen aufgearbeitet. Menschenrechtsverletzungen blieben vielfach ungesühnt. Die Opfer sowie ihre Angehörigen wurden nicht entschädigt und ihr Leid nicht gewürdigt. In Ländern wie Argentinien oder Chile unternahmen die Opfer und ihre Interessenvertreter in der Folge Anstrengungen, um diesen Zustand zu beenden. Prominentestes Beispiel war die zeitweise Festnahme des chilenischen Ex-Diktators Augusto Pinochet 1998 in London. In den Staaten des Cono Sur machten die Organisationen der Opfer zudem immer wieder durch öffentlichkeitswirksame Aktionen – *escraches* – vor den Wohnhäusern ehemaliger Militärangehöriger auf deren Verbrechen aufmerksam.

In Zentralamerika gestaltet sich die Situation der Opfer ähnlich schwierig. Hier kommt zum weit verbreiteten Vergessen ein hohes Gewaltniveau hinzu, das die Vergangenheitsbewältigung zusätzlich erschwert. Trotz finanzieller Schwierigkeiten und implizitem oder explizitem Druck arbeiten Organisationen weiterhin an der Aufklärung und Aufarbeitung der Verbrechen. So auch Reina Portillo von der Organisation Pro Búsqueda aus El Salvador, die im November in Deutschland zu Gast war und in Marburg einen Vortrag hielt.

Die Organisation Pro Búsqueda in El Salvador vertritt Familien, die nach verschwundenen Angehörigen suchen. Sie wurde 1994 vom Priester Jon Cortina mit dem Ziel der Aufarbeitung der im Bürgerkrieg zwischen 1980 und 1992 begangenen Verbrechen gegründet. „Wir konnten 341 Fälle aufklären“, berichtet Reina Portillo. „Etwa 500 Fälle sind noch anhängig, und ein Fall hat es bis nach Washington vor den Interamerikanischen Gerichtshof für Menschenrechte geschafft.“ Der Staat El Salvador reagierte auf die Anschuldigungen stets mit Ablehnung der Vorwürfe und mit Taktiken der Verschleierung. So berichtet Reina Portillo, dass die Vorwürfe der Angehörigen geleugnet und sie der Lüge bezichtigt wurden. Eine weitere Methode bestand in der Benennung falscher Zeugen, die behaupteten, dass die Familien im Krieg schlicht keine Angehörigen verloren hätten. Eine dieser Zeuginnen verriet sich vor dem Interamerikanischen Gerichtshof jedoch, als sie öffentlich auf der vereinbarten Summe bestand, die sie von den Behörden für ihre Aussage bekommen sollte, so Portillo.

Ihr persönliches Engagement erklärt sich aus der Suche nach zwei Verwandten: „Ich suche zwei Nichten, Ana Julia und Carmelina. Ich will wissen, was die Militärs nach ihrem Verschwinden mit ihnen getan haben.“ Nach langen Jahren bot sich der Frau aus dem Osten El Salvadors Ende 1994 eine Möglichkeit, etwas gegen die Ungewissheit über das Schicksal ihrer Nichten zu unternehmen: „Als 1994 im Radio über eine Organisation berichtet wurde, die im Krieg verschwundene Kinder sucht, sagte ich mir, da mach ich mit.“ Seitdem ist Reina Portillo Mitglied von Pro Búsqueda und beteiligte sich immer wieder an Protestmärschen, der Einreichung von Petitionen und weiteren Aktionen.

Viele der im Krieg begangenen Menschenrechtsverletzungen wurden nach Abschluss des Friedensvertrages von 1992 amnestiert. Als die Organisation zwei ranghohe Militärs vor Gericht brachte, beriefen sie sich auf eben diese Amnestie, ein Muster, das auch in anderen lateinamerikanischen Ländern zu beobachten ist.

Die Periode der 70er und 80er Jahre war in Ländern wie Guatemala, Kolumbien oder Peru von einem Krieg der Militärs gegen linke Guerilla-Gruppen geprägt. Hauptsächlich litten die Zivilisten ländlicher Gebiete unter den Auseinandersetzungen. So auch in El Salvador, wo die Armee gegen den Frente Farabundo Martí para la Liberación Nacional (FMLN) vorging und dabei die bäuerliche Bevölkerung massiv terrorisierte. Ihr Hauptziel bestand darin, der Guerilla die Unterstützung zu entziehen, die sie aufgrund der schwierigen Lebensumstände der ländlichen Bevölkerung teilweise genoss.

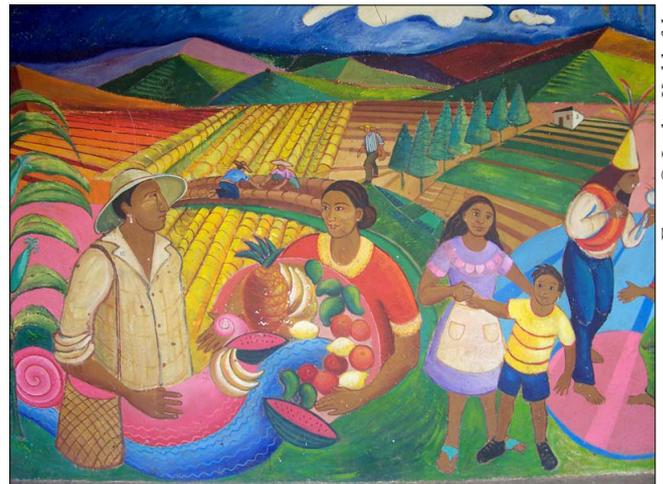
„Wir wussten, dass die Gruppen kamen, um die Leute zu töten. Morgens sahen wir ihre Köpfe und die Gliedmaßen verstreut herumliegen. Es passierte oft, sie töteten im Durchschnitt 15 Personen, aber einmal fanden wir 25 Leichen auf einmal.“ Die Gewalt der Todesschwadronen begann bereits Ende der 70er Jahre und weitete sich mit der Zeit aus. „Es war schrecklich, denn nachts hörten wir Schüsse und morgens sahen wir dann die Toten daliegen“, führt Portillo aus.

Die Todesschwadronen gaben sich in dieser Zeit nicht zu erkennen, sondern drangen tagsüber in Militäruniformen in die Dörfer ein. Auf diese Weise schafften sie ein Klima der Angst und Einschüchterung. „Meine Tochter war noch klein und fragte mich einmal im Beisein der Soldaten, ob die Männer Soldaten oder Guerilleros waren. Ich legte ihr die Hand auf den Mund, um sie zum Schweigen zu bringen.“

Reina Portillo verlor bei einer militärischen Terrorkampagne 1981 ihre Schwester, die beiden Nichten und weitere Angehörige. Den Auftakt bildete ein Angriff am 11. Dezember in jenem Jahr. Die Todesschwadronen und Militärs drangen in El Mozote ein und forderten die Zivilbevölkerung auf, sich auf dem Hauptplatz des abgelegenen Dorfes einzufinden. Hier trennten sie Frauen, Männer und Kinder. Sie folterten, vergewaltigten und töteten anschließend etwa eintausend Personen, auch viele Kinder, die sie durch die Fenster der Dorfkirche, in der sie Zuflucht gesucht hatten, hindurch erschossen. Dieses Massaker bildete einen makabren Höhepunkt nicht nur im Krieg in El Salvador, sondern in der neueren lateinamerikanischen Geschichte überhaupt. „Sie sagten, sie würden alles säubern. Sie zogen von Dorf zu Dorf und ließen noch nicht mal ein Huhn am Leben.“

Im Rahmen dieser Kampagne erreichten die Bewaffneten wenig später auch das Dorf von Portillos Schwester. Hier töteten sie die Erwachsenen und ließen die jüngeren, zwei Nichten von Portillo sowie weitere vier Familienmitglieder am Leben, da ein Neffe Teil der Streitkräfte war. Erst als eine der Nichten den Ausweis des Militärangehörigen nach längerer Suche vorzeigte, ließen die Mörder von der Familie ab, die vier Erwachsenen waren zu diesem Zeitpunkt bereits tot. Einige Stunden später, so Reina Portillo, verliert sich die Spur ihrer Nichten. Sie wurden nach dem Massaker noch von zwei Personen gesehen, bevor sie auf einen Militärlastwagen verladen wurden und in unbekannter Richtung verschwanden. Bei einer Exhumierung konnte Portillo 2003 ihre Schwester identifizieren, die am Ort des Verbrechens begraben worden war. Die beiden Nichten waren jedoch nicht unter den Exhumierten. „Die 1993 eingerichtete Wahrheitskommission benannte die Täter bei verschiedenen Massakern. Sie sagten, die einen haben dieses, die anderen jenes Massaker begangen. Aber die verschwundenen Kinder wurden nirgends erwähnt. Aus diesem Grund rief der Priester Cortina 1994 in Chalatenango mit einigen Familien Pro Búsqueda ins Leben.“

Über das Engagement für konkrete Fälle hinaus, betreibt Pro Búsqueda aber auch Öffentlichkeitsarbeit, um das Geschehene nicht dem Vergessen anheim zu geben: „Als sie dem Mörder von Bischof Romero einen Ehrentitel verleihen wollten, haben wir dagegen protestiert. In der Versammlung rechtfertigten sie den Schritt; und draußen standen wir, die ganzen Menschenrechtsgruppen mit unseren Transparenten, und riefen, dass das nicht ginge.“



Wandbild in El Salvador

Foto: © Lydia Koblofsky

Der Kampf umfasst auch die Aufklärung der zwangsweisen Adoptionen von Kindern durch Militärangehörige. Im Krieg entführte Kinder wurden kurzer Hand zu Kindern der Entführer erklärt. Pro Búsqueda setzt sich für die Aufarbeitung dieser Ereignisse ein. „Manche Leute kommen zu uns und sagen, dass sie aus einem bestimmten Gebiet kommen. Sie erinnern sich bruchstückweise an Ereignisse oder Fakten. Wir versuchen dann, ihre Vergangenheit mit ihnen zusammen aufzuklären.“ Dabei sind die Kinder der Kriegswirren mittlerweile über die ganze Welt verteilt. Deshalb arbeitet Pro Búsqueda mit Partnern in den USA und in Italien zusammen, wo bereits Nachkommen der betroffenen Familien mittels DNA-Tests ausfindig gemacht werden konnten.

Der Kampf der Organisation ist nach wie vor schwierig. Zur finanziellen Lage, die durch die weltweite Krise verschärft wurde, kommt ein grundlegendes Misstrauen dem Staat El Salvador gegenüber hinzu: „Der Staat El Salvador wird mir und meinen Nichten keine Gerechtigkeit geben, weil ihn das am wenigsten interessiert. Deshalb strengen wir Verfahren außerhalb des Landes an.“

Die staatlichen Behörden haben Verfahren tatsächlich immer wieder nicht zum Abschluss gebracht oder den Opfern einen Ausgleich angeboten. Die Familien der Opfer sollten, so das Kalkül, eine bestimmte Geldsumme sowie eine individuelle Wiedergutmachung akzeptieren und im Gegenzug auf eine kollektive Aufarbeitung der Verbrechen verzichten. So war beabsichtigt, eine Familie unter der Vorgängerregierung Saca medienwirksam zu entschädigen, wobei die Geldsumme und die involvierten Politiker in Vordergrund standen. Die Geschichte der Familie oder eine Auseinandersetzung mit dem Geschehenen fand dagegen keinen Eingang in die Berichterstattung.

Pro Búsqueda lehnt diese Form der Vergangenheitsbewältigung ab und übt nach wie vor Druck auf die zuständigen Stellen aus: „Es gefällt ihnen nicht, wenn wir Krach machen, demonstrieren und ihnen sagen, dass sie ihre Arbeit besser erledigen sollen“, meint Reina Portillo. Aus diesem Grund bemüht die Organisation immer wieder ausländische Instanzen, wie den Interamerikanischen Gerichtshof für Menschenrechte.

Für die Zukunft erwartet Reina Portillo schwierige Zeiten und eine Verstärkung des Engagements. Die neue Regierung unter dem linken Mauricio Funes hat ihre Kooperationsbereitschaft signalisiert. „Aber nächstes Jahr wird hart, und es wird gefährlich.“ Im Kampf gegen die um sich greifende Kriminalität hat die Regierung Funes das Militär erneut mobilisiert, das die Ordnung sicherstellen soll. „Es macht mich böse, wenn ich diese Uniformen sehe und die gleichen Leute, die uns so viel Leid zugefügt haben. Da dreht sich mir der Magen um“, stellt Reina Portillo fest.

Die Aktivisten von Pro Búsqueda sahen sich immer wieder Einschüchterungsversuchen gegenüber, wollen aber ihre Arbeit trotzdem fortsetzen. Der Fall von Ana Julia und Carmelina soll vor dem Interamerikanischen Gerichtshof verhandelt werden. Es bleibt zu hoffen, dass Reina Portillo hier mehr Erfolg hat als vor den heimischen Instanzen.



Fotos: © Lydia Koblofsky